Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 14. Oktober 2010
Ausgabe 197

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **5**
› Nach dem Ende des Pflegestammtisches: Stadt bietet Pflege-Foren an 5
› 16 Oberbürgermeister fordern von Bund und Ländern Unterstützung für nachhaltige Politik in Kommunen 6
› Stadtrat besucht Unternehmen in Freiham 8
› OpenOffice.org-Kongress für Wirtschaft und Verwaltung in München 9
› Bewerbungen für den Anita-Augspurg-Preis 10
› Verleihung von Stipendien und Preisen für Bildende Kunst und Musik 11
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 18 11
› Annahme von Gartenabfällen am Wertstoffhof Savitsstraße 12
› Besetzungsänderung bei den Münchner Philharmonikern 13
› Herbstfest auf dem Wochenmarkt am Giesinger Bahnhof 13
› Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum 13
› Stadtmuseum: Vortrag „Karl Valentin und das Oktoberfest“ 14
Antworten auf Stadtratsanfragen **15**
› Gelöbnis die Zweite – was ist geplant? 15
› Evaluierung der Radlkampagne 16

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **19**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 15. Oktober, 11 Uhr, Herterichstraße 151
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht bei der Grundsteinlegung für eine neue Sporthalle des TSV München-Solln. Die neue vereinseigene Sporthalle und die sanierte Bezirkssportanlage, die ab 1. Januar 2011 in Trägerschaft an den TSV Solln übergeht, sind ein weiterer wichtiger Meilenstein im fast 80-jährigen sportlichen Wirken des TSV Solln für den Stadtteil Solln.

Wiederholung
Freitag, 15. Oktober, 15 Uhr, Skateanlage Hirschgarten
Stadträtin Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen) in Vertretung des Oberbürgermeisters und Baureferentin Rosemarie Hingerl eröffnen die 33. Münchner Skateanlage im Hirschgarten. Das Rahmenprogramm gestalten die an der Planung beteiligten Skaterinnen und Skater mit professionellen Darbietungen.
Die Skateanlage ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln über die S-Bahn Linien S 1 - 4, 6 und 8, Haltestelle Hirschgarten, erreichbar. Der Zugang erfolgt über den neuen Fußweg entlang der Bahngleise.

Freitag, 15. Oktober, 16 Uhr, Messe Eigentum & Wohnen,
Event Arena im Olympiapark, Toni-Merkens-Weg 4
Kommunalreferentin Gabriele Friderich nimmt an einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Münchner Immobilienmarkt - Stand & Entwicklung“ teil. Die Veranstaltung wird organisiert vom Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW), Landesverband Bayern. Die Besucher werden über die aktuellen Herausforderungen auf dem Münchner Wohnimmobilienmarkt, insbesondere über seine Chancen und Perspektiven, informiert. Auf dem Podium nehmen neben Kommunalreferentin Gabriele Friderich teil Alexander Hofmann, Baywobau Baubetreuungs GmbH, Dr. Josef L. Kastenberger, JK Wohnbau GmbH, Werner Lustig, Patrizia Wohnen GmbH, sowie Artur Riedl, Bayerische Hausbau GmbH.

Wiederholung
Freitag, 15. Oktober, 18.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht beim Jahresempfang des Katholikenrates der Region München. Seit der Seligsprechung von Pater Rupert Mayer im Jahr 1987 verleiht der Katholikenrat bei seinem Jahresempfang auch die Pater-Rupert-Mayer-Medaille als Dankeszeichen an Einzelperso-

nen oder Organisationen. In diesem Jahr werden Hanns Peters für sein leidenschaftliches Engagement für die Zukunft der Pfarrgemeinden, im Caritasverband und in der Gesellschaftspolitik sowie Rainer Weinzierl, der sich in der Notfallvorsorge und bei der Organisation von sozialen Veranstaltungen beim Malteser Hilfsdienst e. V. in München in herausragender Weise einsetzt, mit der Medaille ausgezeichnet.

Wiederholung
Freitag, 15. Oktober, 19 Uhr, Rathausgalerie, Marienplatz 8
Stadträtin Elisabeth Schmucker (CSU) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters zur Eröffnung der Ausstellung „ORT“: Martin Fengel, Jörg Koopmann, München, und Elmar Bambach, Julia Marquardt, Birgit Vogel („Ein Magazin über Orte”), Berlin, zeigen Fotografien. Des weiteren sprechen Martin Fengel (Künstler) und Johannes Muggenthaler (Kulturreferat).
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am Freitag, 15. Oktober, 11 Uhr.

Wiederholung
Freitag, 15. Oktober, 19.30, Hotel Bayerischer Hof, Promenadeplatz
Oberbürgermeister Christian Ude überreicht dem Verleger Dr. Dirk Ippen die „Medaille München leuchtet – Den Freunden Münchens“ in Gold. Neben seinem überaus großen verlegerischen Engagement, für das er bereits im Jahre 2004 mit dem Publizistikpreis der Landeshauptstadt München geehrt wurde, zeichnet sich Dr. Ippen besonders im Sozialbereich durch die Gründung der „Ippen-Stiftung“ aus. Der Zweck dieser Stiftung ist die Stärkung von Bürgersinn und bürgerschaftlichem Engagement auf lokaler Ebene.

Dienstag, 19. Oktober, 13 Uhr,
Berufliches Schulzentrum an der Riesstraße 32 - 40
Stadtrat Professor Dr. Jörg Hoffmann (FDP) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Eröffnung des Fachtages „Medienkompetenz München“ im Beruflichen Schulzentrum an der Riesstraße.

Dienstag, 19. Oktober, 18.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht anlässlich eines Stehempfangs für im Sozialbereich tätige Münchner Bürgerinnen und Bürger. Dieser traditionelle Empfang findet heuer bereits zum 17. Mal statt.

Dienstag, 19. Oktober, 19 Uhr,
i-camp/Neues Theater München, Entenbachstraße 37
Stadträtin Ursula Sabathil (CSU) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Übergabe der Stipendien und der Leonhard und Ida Wolf-Gedächtnispreise für Bildende Kunst und Musik. Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers übergibt die Preise und Stipendien.
(Siehe auch unter Meldungen)

Dienstag, 19. Oktober, 19 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Stadtrat Haimo Liebich (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zum Jahresempfang anlässlich des „Herbstevents Inter@ktiv 2010". Den Festvortrag „Spielen ohne Grenzen" hält Professor Dr. Michael Wagner, Donau-Universität Krems. Einführung durch Günther Anfang und Kathrin Demmler, AG Inter@ktiv. Anschließend Stehempfang in der Ratstrinkstube.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 21. Oktober, 15 bis 17 Uhr,
Neuhausen-Nymphenburger Anzeiger, Donnersbergerstraße 22 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen - Nymphenburg) mit der Vorsitzenden Ingeborg Staudenmeyer.
Zeitgleich findet eine Kindersprechstunde mit der Kinderbeauftragten Ursula Zeitlmann statt.

Donnerstag, 21. Oktober, 19 Uhr,
Turnhalle der Helen-Keller-Realschule, Fürkhofstraße 28 (barrierefrei)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 13 (Bogenhausen). Zu Beginn der Versammlung informieren Bürgermeisterin Christine Strobl und Angelika Pilz-Strasser, Bezirksausschussvorsitzende, über den Stadtbezirk. Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeisterin Christine Strobl.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Angelika Pilz-Strasser.

Donnerstag, 21. Oktober, 19.30 Uhr,
Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 15 (Trudering - Riem). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit der Vorsitzenden Dr. Stephanie Hentschel statt.

Meldungen

Nach dem Ende des Pflegestammtisches: Stadt bietet Pflege-Foren an

(14.10.2010) Nach dem Ende des Pflege-Stammtisches, das Initiator Claus Fussek nach 90 Veranstaltungen und acht Jahren am 6. Oktober bekannt gegeben hat, sieht die Stadt allen Anlass, Claus Fussek für sein unermüdliches Engagement zu danken, allerdings auch unzutreffende Kritik zurückzuweisen und „auf keinen Fall zuzulassen, dass nun eine Lücke in der Münchner Pflegediskussion entsteht". Deshalb teilten Oberbürgermeister Christian Ude, Sozialreferentin Brigitte Meier und die Leiterin der Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege, Kornelie Rahnema, mit, dass die Landeshauptstadt ab Jahresbeginn 2011 zusätzliche regelmäßige Diskussionsforen für Probleme der Altenpflege schaffen werde. Dabei werde unterschieden zwischen Experten-Foren, die dem Erfahrungsaustausch und der Fortbildung dienen und vom Sozialreferat durchgeführt werden, und Diskussionsforen für Betroffene, also für Pflegekräfte und Angehörige von Pflegebedürftigen sowie interessierte alte Menschen, zu denen die Beschwerdestelle einladen wird.
Oberbürgermeister Ude dankte Claus Fussek und seinen Mitstreiterinnen in einem Schreiben für deren langjähriges und unermüdliches Engagement für die Nöte und Probleme pflegebedürftiger alter Menschen und in diesem Bereich tätiger Pflegekräfte. „Ihr habt viele Missstände angeprangert und Verantwortlichkeiten benannt, viele bisher verdrängte Themen in die öffentliche Diskussion getragen und ein Forum für Fragen und Klagen für Angehörige und Pflegekräfte geboten."
Die Stadt wehrt sich aber nachdrücklich gegen den beim 90. Pflegestammtisch erhobenen Vorwurf mangelnden Interesses an der Thematik. Dieser Vorwurf an Besucher, Politik und Medien könne sich nicht an die Stadt richten, da die Leitung des Sozialreferates ebenso wie die Stadtspitze, die Beschwerdestelle ebenso wie die Heimaufsicht häufig am Pflegestammtisch teilnahmen und weil vor allem der Münchner Stadtrat seit Beginn der Münchner Pflegediskussion zahlreiche Konsequenzen gezogen hat.

So wurde die Heimaufsicht laufend aufgestockt, nicht nur die personelle, sondern auch die finanzielle Ausstattung verbessert, die Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege ausgebaut, ein Stadtratsprogramm zur Sicherung und Verbesserung der Pflegequalität aufgelegt und auf diese Weise im ambulanten Bereich ein Angebot mit pflegeergänzenden Leistungen sowie Fort- und Weiterbildung für Pflegekräfte gemacht.
Im stationären Bereich wurde die Pflegeüberleitung zwischen Wohnung, Altenheim und Krankenhaus geschaffen, die heiminterne Tagesbetreuung eingeführt, die Sterbebegleitung ausgebaut, die gerontopsychiatrische Fortbildung finanziell unterstützt und die Personalentwicklungsmaßnahme „Umgang mit Dementen" eingeführt.
Außerdem bietet die Stadt ein engmaschiges Netz von Anlaufstellen mit 30 Alten- und Servicezentren sowie den Sozialbürgerhäusern mit ihren Fachstellen häuslicher Versorgung und eine mittlerweile fachlich und personell sehr gut ausgestattete Heimaufsicht. Der Stadtrat befasst sich mehrmals im Jahr regelmäßig mit den strategischen Planungen der Altenhilfe, den Investitionsprogrammen für den stationären und ambulanten Bereich sowie den Berichten von Beschwerdestelle und Heimaufsicht.
Oberbürgermeister Christian Ude: „Den Vorwurf fehlenden Interesses oder Engagements muss ich deshalb für den gesamten Stadtrat zurückweisen. Soweit zu beklagen ist, dass in der Altenpflege grundlegende Verbesserungen immer noch auf sich warten lassen, hat dies mit den bundesgesetzlich geregelten Rahmenbedingungen zu tun und nicht mit fehlendem Engagement vor Ort."
Sozialreferentin Brigitte Meier wird gemeinsam mit allen einschlägig befassten öffentlichen Stellen sowie mit den beteiligten Trägern und Verbänden ein „Forum Altenpflege" einrichten, das neue Erkenntnisse der Pflegewissenschaft und Erfahrungen mit neuen Studiengängen präsentieren und einen intensiven Austausch der Fachwelt ermöglichen wird. Gedacht ist auch an Fachtage, die in konzentrierter Form Fortbildungsangebote unterbreiten. Die Beschwerdestelle wird erstmals im Januar 2011 eine Plattform für Betroffene bieten, bei der die Wünsche der Betroffenen für die weitere Ausgestaltung dieses Veranstaltungsformats eruiert werden. Auch die Beschwerdestelle wird in die Vorbereitung Verbände, Dienstleister, Gewerkschaften und Stadtratsfraktionen einbeziehen.

16 Oberbürgermeister fordern von Bund und Ländern Unterstützung für nachhaltige Politik in Kommunen

(14.10.2010) Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen haben die Oberbürgermeister 16 deutscher Städte gestern in Berlin vorgelegt. Vertreten durch die Oberbürgermeister Werner Spec (Lud-

wigsburg), Burkhard Jung (Leipzig) und Dieter Salomon (Freiburg), forderten sie von der Bundes- und Landespolitik mehr Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Finanz-, Wirtschafts- und Klimapolitik. An dem Treffen nahmen auch die Umweltreferenten aus Augsburg, Nürnberg und München teil, die in Vertretung der jeweiligen Oberbürgermeister nach Berlin gereist waren.
Die Kommunalpolitiker kommen aus Städten, die bundesweit führend bei kommunaler Nachhaltigkeitspolitik sind. Sie haben vereinbart, was sie für eine nachhaltige Entwicklung in ihren Städten und darüber hinaus tun wollen. Auch machten sie deutlich, dass nachhaltige Politik vor Ort nicht ohne bessere Rahmenbedingen auf Bundes- und Landesebene möglich ist. Deshalb appellierten die Gemeindevertreter an die Bundesregierung, die Schieflage im Gemeindefinanzierungssystem zu korrigieren: Neue Aufgaben sollen nur an die Kommunen übertragen werden, wenn zuvor eine einvernehmliche Finanzierungslösung gefunden wurde. Zudem mahnten sie die Beseitigung von Hindernissen für kommunalen Klimaschutz und von Barrieren für eine nachhaltigere Wirtschaft in ihren Städten an. Die Städtevertreter betonten, eine zukunftsfähige Politik in Deutschland sei nur dann möglich, wenn Bund, Länder und Kommunen an einem Strang zögen. Deshalb forderten sie eine intensivere Zusammenarbeit der politischen Ebenen auf Augenhöhe. „Bund und Kommunen müssen in Sachen Nachhaltigkeit gemeinsam agieren, um der Verantwortung für unsere Umwelt gerecht zu werden", sagte dazu Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München. „Allerdings werden den Kommunen derzeit auch Steine in den Weg gelegt, ihre Klimaziele zu erreichen wie beispielsweise die drastische Kürzung der Mittel für die CO_2-Gebäudesanierung zeigt, die innerhalb der letzten zwei Jahren mehr als halbiert wurden, oder aber die Kürzung der Städtebauförderungsmittel."
Die Initiative der Oberbürgermeister wird unterstützt und begleitet vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE). Hans-Peter Repnik, der Vorsitzende des Nachhaltigkeitsrates, hält eine stärkere Berücksichtigung der Kommunen in der deutschen Nachhaltigkeitspolitik für dringend erforderlich: „Das Engagement und die Kreativität aus den Kommunen sind unverzichtbar, wenn Deutschland die Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung erreichen will", sagte Repnik. Die Kommunen seien der Ort, an dem die Menschen den notwendigen Umbau der Energieversorgung, des Verkehrssektors und der Rohstoffwirtschaft unmittelbar erlebten. „Hier leben die Menschen, und hier müssen wir sie für eine nachhaltige Lebensweise gewinnen", so Repnik.

Die strategischen Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen wurden erarbeitet und verabschiedet von den Oberbürgermeistern: Andreas Bausewein, Erfurt, Andreas Brand, Friedrichshafen, Horst Frank, Konstanz, Dr. Kurt Gribl, Augsburg, Hans-Joachim Grote, Norderstedt, Burkhard Jung, Leipzig, Ulrich Mädge, Lüneburg, Dr. Ulrich Maly, Nürnberg, Jürgen Nimptsch, Bonn, Boris Palmer, Tübingen, Dr. Daniel Rapp, Ravensburg, Dr. Dieter Salomon, Freiburg, Werner Spec, Ludwigsburg, Christian Ude, München, Hermann Vogler, Ravensburg (bis 2010), Stephan Weil, Hannover, und Dr. Eckart Würzner, Heidelberg.
Eine Kurzversion der strategischen Eckpunkte ist im Internet unter *www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/nachhaltige-stadt/* zu finden, die Langversion unter: *www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/bestellservice/bestelldokumente/nachhaltige-stadt-okt-2010/*
Der Rat für Nachhaltige Entwicklung entwirft Beiträge und gibt Empfehlungen für die Nachhaltigkeitsstrategie und -politik der Bundesregierung. Hans-Peter Repnik ist Vorsitzender, Marlehn Thieme ist stellvertretende Vorsitzende des Rates. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sie und 13 weitere Mitglieder aus unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen im Juni 2010 berufen. Erstmals berufen wurde der Rat für Nachhaltige Entwicklung im Jahr 2001.
Weitere Infos gibt es im Internet unter *www.nachhaltigkeitsrat.de*.
Presseanfragen: Rat für Nachhaltige Entwicklung, Gst. c/o GTZ Christian Schaudwet Potsdamer Platz 10, D-10785 Berlin, Telefon 0 30 40 81 90-2 33, Fax 0 30 40 81 90 22-2 33, christian.schaudwet@nachhaltigkeitsrat.de

Stadtrat besucht Unternehmen in Freiham

(14.10.2010) Der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter besuchte gestern zusammen mit Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft das Gewerbegebiet im neuen Stadtteil Freiham. Die Stadträtinnen und Stadträte besichtigten das Gelände des Gewerbegebiets Freiham sowie vier Unternehmen im Technologiepark und in der klassischen Gewerbezone. Bei Besuchen der Firmen SHS Viveon AG, Panificio Italiano Veritas GmbH, Zimmerei Bader – Holzbau GmbH und Augustiner-Bräu Wagner KG konnten sie in Gesprächen mit Vertretern der Unternehmen einen Eindruck davon gewinnen, welche Fragen sich für die Firmen stellen, die sich dort angesiedelt haben oder die von anderen Standorten dorthin umgezogen sind. Die Unternehmen sind mit ihrer Entscheidung für Freiham insgesamt sehr zufrieden. Es wurden aber auch Wünsche nach Verbesserungen, insbesondere bei der Anbindung an das öffentliche Verkehrssystem und bei der Versorgung mit Einzelhandelsgeschäften an die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses herangetragen.

Dieter Reiter: „Es ist beeindruckend zu sehen, wie hier ein neuer Stadtteil und neue Strukturen auf der grünen Wiese entstehen. Das Interesse der Wirtschaft an geeigneten Flächen mit guter Verkehrsanbindung im Münchner Westen war sehr groß. Nach den Gesprächen mit den jetzt dort eingezogenen Unternehmen habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Stadt bei der Ausweisung des Gewerbegebiets genau die Bedürfnisse der Wirtschaft getroffen hat. Die Anregungen der Unternehmen nehmen wir in die Gremien mit."
In Freiham stehen attraktive Büro-, Einzelhandels- und Dienstleistungsstandorte und hochwertige Gewerbeflächen für Forschung und Entwicklung ebenso zur Verfügung wie bedarfsgerechte Parzellen für die Ansiedlung von verarbeitendem Gewerbe und Handwerk.
Die Grundstücke in der klassischen Gewerbezone werden vom Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft vergeben.

OpenOffice.org-Kongress für Wirtschaft und Verwaltung in München
(14.10.2010) Am 16. und 17. November findet in München der 2. Open Office.org-Kongress für Wirtschaft und Verwaltung statt. Im Saal des Alten Rathauses kommen Experten aus dem Bereich OpenOffice.org mit Entscheidern aus Unternehmen und Behörden zusammen. Das Interesse an einem Austausch ist groß – schließlich wird die freie Office-Suite OpenOffice.org von immer mehr Unternehmen und öffentlichen Institutionen eingesetzt. Die Gründung der Document Foundation und Loslösung von Oracle dürfte noch zusätzlich für Interesse sorgen. Die Landeshauptstadt München bringt als gastgebende Mitveranstalterin des diesjährigen Kongresses ihre positiven Erfahrungen im Umgang mit der freien Office Suite ein.
Mit dem Kongress wird der Dialog zwischen Fachexperten über offene Standards und die Entwicklung und den Einsatz freier Software weiter kontinuierlich gefördert. Als Vortragende haben sich bereits namhafte Firmen wie Ricoh, Duden Verlag, SCAI und .riess applications angemeldet. Vertreter der Stadtverwaltungen von München und Freiburg tragen ihre praktischen Erfahrungen beim Einsatz von OpenOffice.org vor und nehmen an einer Podiumsdiskussion mit IBM und Microsoft teil.
Eröffnet wird der Kongress von Karl-Heinz Schneider, Leiter der Hauptabteilung III - Informationstechnologie des Direktoriums der Stadt München. Die Stadt wird mit den Leitern des Projektes LiMux und weiteren Experten während des gesamten Kongresses an einem eigenen Stand vertreten sein. Die Tickets für die Teilnahme am Kongress können direkt beim Hauptveranstalter bezogen werden (Internet: *www.oookwv.de/tickets*

Über das Projekt LiMux

Münchens Stadtverwaltung war eine der ersten, die sich für freie Software und offene Standards für die PC-Arbeitsplätze entschieden hat. Die Umsetzung findet im Rahmen des Projekts LiMux statt. Seit Ende 2009 arbeiten die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an allen rund 15.000 Büroarbeitsplätzen mit offenen, lizenzkostenfreien Programmen. München steht durch den erfolgreichen Abschluss der Umstellung auf den offenen Standard „Open Document Format" (ODF) für eine erfolgreiche Migration und einen flächendeckenden Einsatz von OpenOffice.org. Im Rahmen ihrer OpenOffice.org-Migration hat die Stadt München ein einheitliches Formular- und Vorlagensystem namens „WollMux" entwickelt. Der als freie Software veröffentlichte „WollMux" findet bei weiteren öffentlichen Verwaltungen und in der Open Source Community ein breites Echo. Weitere Infos zum aktuellen Stand sind unter *www.muenchen.de/limux* sowie *www.muenchen.de/wollmux* zu finden.

Bewerbungen für den Anita-Augspurg-Preis

(14.10.2010) Die Stadt München vergibt seit 1994 jährlich den Anita-Augspurg-Preis „für vorbildliche Beiträge zur Förderung der Gleichberechtigung". Über 20 Organisationen und Einrichtungen aus ganz verschiedenen Bereichen haben den Preis bislang für innovative Projekte und Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung erhalten. Darunter sind Münchner Einrichtungen, wie das FrauenTherapieZentrum, die Frauen-Computer-Schule, FrauenWohenen e.G. und Refugio sowie die städtische Anne-Frank-Realschule. Genauso finden sich kleine selbstständige Initiativen unter den Preisträgerinnen und Preisträgern, wie das Projekt Wen-Do, musica femina, die Fachstelle für Natürliche Geburt und Eltern-sein e.V. oder die Lesbenberatungsstelle LETRa.

Der Preis ist nach der Frauenrechtlerin Anita Augspurg (1857 - 1942) benannt. Anita Augspurg hat Zeit ihres Lebens mutig und engagiert für die Rechte der Frauen gekämpft. Ein wichtiges Ziel ihrer politischen Arbeit war der Kampf für das Frauenwahlrecht. Um dieses Ziel zu erreichen, gründete sie in München mit anderen Frauen den Verein für Frauenstimmrecht. Das 90-jährige Jubiläum des Frauenstimmrechts konnte 2009 gefeiert werden.

Die Bewerbungsfrist für den diesjährigen Anita-Augspurg-Preis endet am 5. November.

Die Münchner Frauengleichstellungsstelle hat alle wichtigen Informationen über den Preis zusammengestellt und eine aktuelle Informationsbroschüre erstellt. Die Broschüre kann in der Gleichstellungsstelle im Rathaus, Zimmer 114, abgeholt werden. Telefonische Auskünfte: 2 33-9 24 69, Ansprechpartnerin: Michaela Ausfelder.

Verleihung von Stipendien und Preisen für Bildende Kunst und Musik
(14.10.2010) Die Verleihung der Stipendien und Leonhard und Ida Wolf-Gedächtnispreise für Bildende Kunst und Musik findet am Dienstag, 19. Oktober, um 19 Uhr im Rahmen einer geschlossenen Festveranstaltung im i-camp/Neues Theater München (Entenbachstraße 37) mit Stadträtin Ursula Sabathil (CSU) in Vertretung des Oberbürgermeisters und Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers statt. Die jährlich zur Förderung herausragender künstlerischer Vorhaben von Künstlerinnen und Künstlern am Anfang ihrer Professionalität vergebenen Stipendien sind mit 6.000 Euro dotiert und gehen im Bereich Bildende Kunst an Benedikt Gahl & Veit Kowald, Andreas Lang, Kaori Nakajima und Susanne Wagner. Die Musikstipendien werden an Laura Konjetzky, Mathis B. Nitschke und Eva Sindichakis vergeben.
Die Leonhard und Ida Wolf-Gedächtnispreise zur Auszeichnung von Nachwuchskünstlern erhalten im Bereich Bildende Kunst Felix Burger und Esther-Judith Hinz in Höhe von jeweils 2.000 Euro und im Bereich Musik Rosalie Eberle & Manfred Mildenberger in Höhe von 3.000 Euro. Nähere Informationen sowie die Jurybegründungen unter: *www.muenchen.de/kulturaktuell* – Presseservice/August oder Telefon 2 33-2 51 53.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 18
(14.10.2010) In Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 18 (Untergiesing - Harlaching) lädt Oberbürgermeister Christian Ude am Donnerstag, 28. Oktober, 19 Uhr, in die Sporthalle, Säbener Straße 49, 81547 München, zu einer Bürgerversammlung des 18. Stadtbezirkes ein.
Zu Beginn der Versammlung informieren Bürgermeisterin Christine Strobl und Thomas Schwindel, Bezirksausschussvorsitzender, über den Stadtbezirk.
Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeisterin Christine Strobl.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:
1. Gartenstadt – Paragraph 34 BauGB (Zulässigkeit von Bauvorhaben)
2. Parkraummanagement in Untergiesing
3. Umstrukturierung von Untergiesing - Harlaching
4. Jugendspielplatz am Candidplatz
5. Veranstaltungen im Stadtbezirk (insbesondere im Bereich der Isar)
6. Postversorgung
7. Koordination von Baustellen

Alle Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Ost der Bezirksausschüsse 5, 13, 14, 15, 16, 17 und 18, Friedenstraße 40, 81660 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.
Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärden-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen gerne der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, *www.gmu.de,* regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, Monika Behr, monika.behr@muenchen.de, Fax 2 33-98 99 25 32. Der Versammlungsort ist nicht barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Thomas Schwindel.

Annahme von Gartenabfällen am Wertstoffhof Savitsstraße

(14.10.2010) Der Wertstoffhof an der Savitsstraße 79 ist seit 10. Mai für die Dauer von voraussichtlich zwei Jahren geschlossen. Da die Münchner Bürgerinnen und Bürger aber jetzt größere Mengen an Laub, Baum- und Strauchschnitt zu entsorgen haben, öffnet der Wertstoffhof Savitsstraße – ausnahmsweise und ausschließlich für die Anlieferung von Gartenabfällen – an folgenden Samstagen jeweils von 7.30 Uhr bis 15 Uhr seine Türen: 16. Oktober, 23.Oktober, 30. Oktober, 6. November, 13. November, 20. November und 27. November. Es gelten die üblichen Mengenbegrenzungen von einem Kubikmeter pro Tag. Zu beachten ist, dass die Anfahrt nur über die bisherige Ausfahrt in der Rambaldistraße möglich ist.
Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) benötigt das Wertstoffhofgelände an der Savitsstraße derzeit als Ersatzstandort für die notwendige Auslagerung des AWM-Geschäftsbereichs Wertstoff- und Problemstoffsservice. Die Verlagerung ist aufgrund umfangreicher Sanierungsarbeiten am bisherigen Standort in der AWM-Zentrale am Georg-Brauchle-Ring 29 erforderlich. Der Wertstoffhof Savitsstraße erfüllt alle baulichen, sicherheitstechnischen und genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen als vor-

übergehender Ersatzstandort. Der Wertstoffhofbetrieb wird nach dieser Zwischennutzungszeit wieder in vollem Umfang und in gewohnter Qualität aufgenommen.

Besetzungsänderung bei den Münchner Philharmonikern
(14.10.2010) Die Sopranistin Adrianne Pieczonka musste krankheitsbedingt ihre Mitwirkung bei den Konzerten der Münchner Philharmoniker am 15. und 17. Oktober zu Gustav Mahlers Symphonie Nr. 8 absagen. An ihrer Stelle wird Manuela Uhl den Sopranpart II und „Una poenitentium" übernehmen.
Vor 100 Jahren wurde Mahlers so genannte „Symphonie der Tausend" von den Münchner Philharmonikern (damals Konzertvereinsorchester) unter der Leitung des Komponisten mit großem Triumph uraufgeführt. Bei den Jubiläumskonzerten am 15. und 17. Oktober steht Generalmusikdirektor Christian Thielemann am Pult der Münchner Philharmoniker. Das Programm bleibt wie angekündigt. Beide Konzerte sind bereits ausverkauft. Weitere Informationen unter: *www.mphil.de.*

Herbstfest auf dem Wochenmarkt am Giesinger Bahnhof
(14.10.2010) Der Wochenmarkt am Giesinger Bahnhof veranstaltet am Freitag, 15. Oktober, von 13 bis 18 Uhr ein Herbstfest. Geboten sind Live-Musik und viele kleine Überraschungen an jedem Stand. Am Glücksrad erwarten die großen und kleinen Besucher zahlreiche leckere Preise. Anläßlich des Herbstfestes wird das Angebot auf dem Wochenmarkt zudem erweitert: Ab sofort werden am Giesinger Bahnhof auch Schnittblumen, Topfpflanzen und mediterrane Spezialitäten erhältlich sein.

Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum
(14.10.2010) Im Turmstüberl des Valentin-Karlstadt-Musäums, Tal 50, findet am Montag, 18. Oktober, von 16.30 Uhr bis 17.30 Uhr ein monatliches offenes Singen im so genannten Volkssänger-Stüberl des Musäums statt. Unter der Leitung von Eva Becher (Kulturreferat) werden der Jahreszeit entsprechend Herbstlieder und Jodler miteinander gesungen. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos, der Eintritt für das Musäum beträgt 2,99 Euro. Das Musäum kann bis 17.29 Uhr besichtigt werden und wird nach Ende der Singstunde geschlossen. Im Turmstüberl gibt es Bewirtung durch Petra Perle.
Nähere Informationen sind auch unter *www.muenchen.de/volkskultur* oder unter *www.valentin-musaeum.de* ersichtlich. Das monatliche Turm-

singen im Valentin-Karlstadt-Musäum wird veranstaltet vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit dem Valentin-Karlstadt-Musäum und Petra Perle vom Turmstüberl.

Stadtmuseum: Vortrag „Karl Valentin und das Oktoberfest“
(14.10.2010) Karl Valentins offizieller Beruf war Schausteller. Das Oktoberfest war ihm Wirkungsstätte und Bühne, Szenerie und Inspiration. Unter dem Titel „Mister Wau Wau und die Riesendame – Karl Valentin und das Oktoberfest“ erzählt Andreas Koll (Valentin-Karlstadt-Musäum) am Dienstag, 19. Oktober, um 19 Uhr im Saal des Münchner Stadtmuseums, St.-Jakobs-Platz 1, mit Filmbeispielen und vielen Bildern von einer lebenslangen Liebe mit höchst vergnüglichen Resultaten. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Valentin-Karlstadt-Musäum statt. Der Eintritt kostet 6 Euro.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 14. Oktober 2010

Gelöbnis die Zweite – was ist geplant?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke) vom 28.9.2010

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Zu Ihrer Anfrage vom 28.09.2010 teile ich Ihnen Folgendes mit:
Das Wehrbereichskommando IV hat mit Schreiben vom 30.09.2010 mitgeteilt, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Reformbestrebungen und der Möglichkeit der Aussetzung der Einberufung von Wehrpflichtigen die Durchführung eines öffentlichen Gelöbnisses in München im Jahr 2011 nicht weiter verfolgt wird.
Die Beantwortung Ihrer Fragen erübrigt sich deshalb.

Evaluierung der Radlkampagne
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke) vom 1.6.2010

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihrer Anfrage vom 01.06.2010 legen Sie nachfolgenden Sachverhalt zu Grunde:

„Laut dem Beschluss des Kreisverwaltungsausschusses vom 18.05.2010 soll der Erfolg der umstrittenen „Radl-Kampagne" nun evaluiert werden. Zuvor hatte die Stadtratsmehrheit aus Grüne und SPD, gegen die massive und berechtigte Kritik der Opposition, die Kampagne durchgeboxt (auch wenn die SPD nur zähneknirschend mitgemacht hat). Auch die mehr als schwierige Haushaltslage unserer Stadt schien kein Grund für SPD-Grüne gewesen zu sein, um auf die teure und unnötige Kampagne zu verzichten."

Im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters darf ich Ihre Anfrage wie folgt beantworten:

Das KVR befindet sich gerade in der Phase der Vorbereitung der Leistungsbeschreibung für eine Ausschreibung. Sie ist Grundlage eines korrekten Vergabeverfahrens für die anstehende Evaluationsstudie. Daher kann ich Ihre Fragen zunächst nur grundsätzlich beantworten. Die konkreten Antworten können erst dann gegeben werden, wenn die entsprechenden Angebote interessierter, wissenschaftlicher Institutionen als Bieter eingegangen und ausgewertet sind und das wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag erhalten hat. Erst dann steht fest, welche Methoden in welchem Umfang zum Einsatz kommen.

Die fachliche Festlegung der Leistungsbeschreibung erfolgt in enger Abstimmung mit dem Planungsreferat, da dort umfangreiche Erfahrungen mit dem Thema Evaluation von verkehrlichen Maßnahmen vorliegen.

Frage 1:
Wie wird die Kampagne evaluiert, um ein signifikantes Ergebnis zu erhalten?

Antwort:
Die Signifikanz von Evaluationsergebnissen hängt v.a. von Umfang und Qualität (Relevanz, Genauigkeit, Aktualität, Kohärenz) der erhobenen Daten ab. Wir streben das in der Wissenschaft als belastbar angesehene

Signifikanzniveau von 95% an, d.h. dass die Ergebnisse mit 95%iger Wahrscheinlichkeit der Realität entsprechen. Wir gehen derzeit davon aus, dass wir dafür einen Datensatz von etwa 1.000 validen (gültigen) und reliablen (zuverlässigen) Daten benötigen, z.B. 1.000 erfolgreiche Telefoninterviews. Bei einer üblichen Antwortquote von etwa 20% muss also eine Stichprobe von etwa 5.000 Bürgerinnen und Bürgern gezogen und an diese eine Interviewanfrage gerichtet werden.

Frage 2:
Durch wen wird der Erfolg oder Misserfolg der Kampagne evaluiert – durch die Bietergemeinschaft, die die Kampagne umsetzt oder durch die Stadt?

Antwort:
Grundlage der Evaluation sind die politischen Vorgaben des Stadtrats (Beschluss vom 03.03.2010, Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 03912), die durch die Verwaltung konkretisiert werden und als Ziele der Untersuchung in die Leistungsbeschreibung eingehen. Die Auswahl der Methode, wie am Besten gemessen wird, ob und inwieweit die Ziele erreicht werden, sowie die handwerkliche Durchführung der Untersuchung und die Interpretation der Untersuchungsergebnisse erfolgt durch den zu beauftragenden Gutachter. Dieser wird nicht aus dem Kreis der Bietergemeinschaft kommen. Mitglieder der Bietergemeinschaft sind vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Frage 3:
Wie werden der Stadtrat und das KVR bei der Evaluation mit einbezogen? Welche Einflussmöglichkeiten hat der ehrenamtliche Stadtrat bei der Evaluation?

Antwort:
Formal ist die Vergabestelle 1 des Direktoriums, fachlich das KVR für das Verfahren zuständig. Der ehrenamtliche Stadtrat kann die Messlatte des Erfolgs durch politische Zielvorgaben festlegen. Dies hat er durch verschiedene Beschlüsse (Verkehrsentwicklungsplan, Grundsatzbeschluss Radverkehr, bestehende Beschlüsse zum Fahrradmarketing) bereits getan. Darüber hinaus obliegt dem Stadtrat die politische Interpretation der wissenschaftlichen Ergebnisse im Rahmen der entsprechenden Bekanntgabe und Beschlussvorlage Ende 2011.

Frage 4:
Was passiert, wenn im ersten Jahr der Kampagne, also am Ende diesen Jahres, die Ziele nicht erreicht werden? Wird die Kampagne dann als Konsequenz eingestellt?

Antwort:
Ob die Kampagne am Ende dieses Jahres die Ziele erreicht hat oder nicht, kann nicht wissenschaftlich begründet festgestellt werden, weil die Vorbereitungen zur Evaluation zwar bereits fachlich und formal begonnen wurden, der formale Auftrag an einen Gutachter aber aus Gründen der Dauer eines ordentlichen, fachlichen Abstimmungsprozesses und Vergabeverfahrens erst zum Ende des Jahres 2010 erteilt werden kann. Der Stadtrat hat zudem den Auftrag erteilt, die Kampagne zunächst bis 2012 durchzuführen und vor einem erneuten Beschluss über die optionale Fortführung der Kampagne in den Jahren 2012 und 2013 zunächst eine Evaluation der ersten beiden Kampagnenjahre vorzulegen.

Frage 5:
Welches Evaluationsschema, welche Evaluationsmethodik wird verwendet?

Antwort:
Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

Frage 6:
Dienen Methoden, die sich beispielsweise in anderen Städten bewährt haben, als Vorbild? Wenn ja, um welche Städte handelt es sich hierbei?

Antwort:
Ob sich Methoden in anderen Städten bewährt haben oder nicht, ist nicht Frage der jeweiligen Ausgangssituation und Interpretation. Einziges Beispiel für eine vergleichbare Marketingkampagne ist die Kampagne „Kopf an – Motor aus", die vom Bundesumweltministerium finanziert und von der Bietergemeinschaft fairkehr/Tinkerbelle bereits 2009 in vier deutschen Städten (Bamberg, Dortmund, Halle, Karlsruhe) erfolgreich durchgeführt wurde. In 2010 wird sie in fünf weiteren Städten umgesetzt (Berlin, Braunschweig, Freiburg, Herzogenaurach, Kiel). Für die Umsetzungsstädte 2009 wurde eine umfangreiche Evaluation durchgeführt, deren Abschlussbericht zum heutigen Tag vom Bundesumweltministerium noch nicht freigegeben ist. Eine Zielvorgabe für die Münchner Evaluation ist die Vergleichbarkeit mit den Evaluationsergebnissen von „Kopf an – Motor aus".

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 14. Oktober 2010

Stadtmuseum: Teil-Neubau oder Sanierung?
Antrag Stadtrat Michael Leonhart (SPD) und Stadtrat Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen)

Nachmittagsbetreuungsplätze für Schulkinder in Laim
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Ursula Sabathil und Josef Schmid (CSU)

Wann gibt es beim MVV ein e-Ticket bzw. ein Handy-Ticket?
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Richard Quaas (CSU)

Urteil zum Asylbewerberheim in der Baierbrunner Straße 14
Antrag Stadtrats-Mitglieder Eva Caim und Marian Offman (CSU)

Umfassende Information über die Sicherheitsmängel beim Kernkraftwerk Isar 1
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Lydia Dietrich und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Erhöhung der freiwilligen Finanzreserve „Pensionen“
Antrag Stadtrat Dr. Jörg Hoffmann (FDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD-
Stadtratsfraktion

Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen – rosa Liste

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus

Michael Leonhart
Stadtrat

Siegfried Benker
Stadtrat

München, 14.10. 2010

Stadtmuseum: Teil-Neubau oder Sanierung?

Antrag:

Das Kulturreferat wird gebeten, hinsichtlich der weiteren Sanierungsplanung für das Münchner Stadtmuseum zu prüfen, ob unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes ein teilweiser Neubau möglich ist. Insbesondere wird um Gegenüberstellung der Kosten für einen teilweisen Neubau und für die Sanierung gebeten. Hierfür ist eine vergleichende Untersuchung "Sanierung im Bestand und Neubau" spätestens 2011 durchzuführen.

Begründung:

In einem zweiten Bauabschnitt erfordert die Bausubstanz des Münchner Stadtmuseums eine umfassende und grundlegende Sanierung. Die noch nicht sanierten Gebäudeteile liegen weit unter dem museologischen Standard. Die Bausubstanz ist teilweise marode und entspricht nicht mehr den technischen Vorschriften und dem Brandschutz. Außerdem sind derzeit beispielsweise keine durchgängigen Rundgänge möglich.

Insbesondere zum Rindermarkt/Rosental/Oberanger hin präsentiert sich das Museum mit stellenweise unattraktiven Bauabschnitten, die geradezu abweisend wirken und städtebaulich in krassem Gegensatz zu der gelungenen neuen Situation am Jakobsplatz stehen. Der zweite Innenhof des Stadtmuseums muss jetzt wegen fehlender anderer Möglichkeiten als Betriebshof genutzt werden, wodurch attraktive publikumsrelevante Nutzungen verhindert werden.

Der schlechte Gesamtzustand der zu sanierenden Bauteile lässt so hohen Investitionsbedarf vermuten, dass es sinnvoll erscheint, zugleich mit den Sanierungskosten die Kosten für einen teilweisen Neubau kalkulieren zu lassen.

Die Idee der Kalkulation eines Neubaus erscheint nicht nur aus Kostengründen erwägenswert. So ist wegen unterschiedlicher Bauhöhen der Gebäudeabschnitte auch bei aufwändiger Sanierung offenbar kein Rundgang realisierbar. Problematisch bei einer Sanierung ist auch, dass die museologisch wenig sinnvollen großen Fensterflächen, die auch unökologisch sind, erhalten bleiben würden. Auch bleibt fraglich, ob die architektonische Präsentation hin zur Stadtmitte bei einer Sanierung so gestaltet werden kann, dass sie den Erwartungen entspricht.

Mit einem Neubau könnten gegebenenfalls nicht nur Kosten gespart, sondern im Rahmen der Umsetzung einer überzeugenden architektonischen Präsentation auch optimale museologische und technische Standards geschaffen werden.

Selbstverständlich sind die denkmalschützerischen Belange bei der Untersuchung zu berücksichtigen. Diesem sollte auch ein modifiziertes Nutzerbedarfsprogramm zu Grunde gelegt werden, das die durch einen Neubau möglichen optimalen Bedingungen hinsichtlich der dann benötigten Flächen berücksichtigt.

Michael Leonhart
Stadtrat

Siegfried Benker
Stadtrat

Josef Schmid Ursula Sabathil Beatrix Burkhardt

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Antrag
14.10.10

Nachmittagsbetreuungsplätze für Schulkinder in Laim

Dem Stadtrat wird dargestellt, wie der Mangel an Nachmittagsbetreuungsplätzen für Schulkinder in Laim kurz- und mittelfristig behoben werden kann. Folgende Maßnahmen werden überprüft:

1. Als Sofortmaßnahme wird für die Mittagsbetreuung an der Droste-Hülshoff-Schule in dem, von den Eltern bereits ins Auge gefassten Anwesen Friedenheimer-/ Fachnerstraße ein Angebot für 50 Kinder eingerichtet.
2. Beim Kinderbetreungs-Neubauprojekt an der Brantstraße wird zusätzlich eine Hortgruppe realisiert.
3. Der Pavillon an der Schule an der Schrobenhausener Straße steht weiterhin für ein bis zwei Gruppen zur Verfügung.

Begründung:

Die Nachmittagsbetreuungssituation für Schulkinder in Laim ist auch in diesem Schuljahr höchst problematisch. So fehlen allein im Einzugsgebiet der Droste-Hülshoff-Schule 25 Plätze.
Die Stadtverwaltung begründet den Stopp beim Neubau von Hortplätzen mit dem geplanten Ausbau der Ganztagsschulen.
Das kann nicht akzeptiert werden, denn dieser Ausbau wird nur langfristig erfolgen und kann die derzeitige Bedarfe nicht decken. Deshalb müssen unverzüglich geeignete Maßnahme ergriffen werden, um die akuten Probleme zu lösen. Beim Ausbau der Mittagsbetreuung muss deshalb die Elterninitiative intensiv unterstützt werden, die Vorschläge sind zu prüfen und geeignete Förderkonzepte zu entwickeln.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Ursula Sabathil, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

gez.
Beatrix Burkhardt, Stadträtin

CSU-Stadtratsfraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Dr. Georg Kronawitter Richard Quaas

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
14.10.10

Wann gibt es beim MVV ein e-Ticket bzw. ein Handy-Ticket?

Dieser Anfrage liegt folgender Sachverhalt zugrunde:
Am 21.9.2010 wurde Verkehrsminister Dr. Ramsauer beim Besuch der Fachmesse INNOTRANS die „Wiesbadener Erklärung“ überreicht. Der Hintergrund:.„*Die VDV-Kernapplikations GmbH & Co KG als Herausgeberin des (((eTicket Deutschland, die DB und die Verkehrsverbünde HVV, RMV, VBB, VVO, VRR und VVS bringen mit der „Wiesbadener Erklärung" zum Ausdruck, dass sie konsequent Barrieren in der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel abbauen und die Servicequalität erhöhen wollen. Hierfür ist der deutschlandweit einheitliche elektronische Fahrschein eine wesentliche Grundlage.*“ /1/

Und weiter im Text:
"Uns ist es wichtig zu dokumentieren, dass wir den politischen Willen der Bundesregierung sehr schnell mit den technischen Innovationen und mit dem gebotenen Maß an Kundenservice vereinen", so Sjef Janssen, Geschäftsführer der VDV-KA. „Die öffentliche Hand hat einen Anspruch darauf, dass das eingesetzte öffentliche Geld möglichst schnell und wirkungsvoll zu einer Verbesserung des öffentlichen Verkehrs für alle Bevölkerungskreise führt. Deshalb haben sich die Unterzeichner der Wiesbadener Erklärung verpflichtet, die Umsetzung des (((eTicket Deutschland zu beschleunigen und zu verstärken." /1/

Offensichtlich stehen e-Ticketing und Handy-Ticket deutschlandweit vor dem Durchbruch, alle technischen Fragen scheinen gelöst. So soll zumindest das Handy-Ticket nach dreijähriger Pilotphase noch im November 2010 bundesweit in den Echtbetrieb übergehen. München scheint hintendran zu sein.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1) Warum spielt im Zuständigkeitsbereich von MVV, MVG und S-Bahn München das Thema e-Ticketing bzw. Handy-Ticket so gut wie keine Rolle, obwohl andere Verkehrsverbünde derartige elektronische „Fahrkarten“ schon längst operativ einsetzen (siehe z.B iPhone-App des KVV)?

2) Trifft es zu, dass die S-Bahn München schon bereit ist, ein Handy-Ticket einzuführen und bereits entsprechende Vorkehrungen getroffen hat?

3) Welche Position vertritt die städtische Tochter MVG mbH in dieser Frage? Wie vorbereitet ist die MVG für die Einführung eines Handy-Tickets?

4) Welchen Einfluss auf die Vertriebskosten werden e-Ticketing bzw. Handy-Ticket mittelfristig haben? Kann insbesondere mittelfristig die Anzahl der stationären Automaten / Entwerter verringert werden? Könnten somit die Fahrpreise länger stabil gehalten werden?

5) Teilt der Oberbürgermeister unsere Einschätzung, dass es für München als Standort von High-Tech-Firmen, als Zentrum einer Europäischen Metropolregion und als Perle des ÖPNV nicht zuträglich ist, wenn diese modernen Vertriebsformen im MVV weiterhin blockiert wird?

6) Wann könnte frühestens auch im MVV-Bereich zumindest Handy-Ticketing als regulärer Vertriebskanal in Betrieb gehen?

7) Wann wird der Stadtrat mit der Thematik e-Ticketing bzw. Handy-Ticketing in München befasst?

Hinweis: Wir bitten hierzu auch Stellungnahmen von MVV GmbH, MVG mbH und S-Bahn München einzuholen und ungekürzt wiederzugeben.

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

gez.
Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Quellen

/1/ http://www.eticket-deutschland.de/news-details.aspx?newsid=288

Eva Caim Marian Offman

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

ANTRAG
14.10.10

Urteil zum Asylbewerberheim in der Baierbrunner Straße 14

Dem Stadtrat wird zu dem aktuellen Urteil des Verwaltungsgerichtes München "Asylbewerberheim in der Baierbrunner Straße 14" berichtet und die sich aus diesem Urteil möglichen Konsequenzen für die Unterbringung von Asylbewerbern bzw. Asylberechtigten, auch an anderen Standorten in München, werden dargestellt.

Begründung:
Das Verwaltungsgericht München hat entschieden, dass die Nutzungsverlängerung für das Asylbewerberheim in der Baierbrunner Straße 14 nicht noch einmal bis 2014 verlängert wird. Geklagt hatten mehrere Nachbarn, nachdem die erste Ausnahmegenehmigung 89 ausdrücklich längstens auf zehn Jahre befristet worden war. Insbesondere scheint es von Bedeutung gewesen zu sein, ob es sich dort um ein reines Wohngebiet oder eine sogenannte Gemengenlage handelt bzw. ob eine solche Einrichtung in dieses Gebiet passe. Die schriftliche Begründung des Urteils wird dem Stadtrat vorgestellt und bewertet. Die aus diesem Urteil möglichen Konsequenzen für die Unterbringung von Asylbewerbern bzw. Asylberechtigten, auch an anderen Standorten in München, werden dargestellt.

gez.
Eva Caim
Stadträtin

gez.
Marian Offman
Stadtrat

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 14.10.2010

Antrag

Umfassende Information über die Sicherheitsmängel beim Kernkraftwerk Isar 1

Der Stadtrat wird über die bestehenden Sicherheitsmängel am Kernkraftwerk Isar 1 umfassend informiert. Dazu werden dem Stadtrat die im Auftrag der Oberösterreichischen und der Niederösterreichischen Landesregierung erstellte jüngste Studie zur Sicherheit des Kernkraftwerk Isar 1 und gegebenenfalls weitere Studien zur Sicherheit der älteren deutschen Siedewasserreaktoren der Baulinie 69 - zur der auch das Kernkraftwerk Isar 1 gehört - vorgestellt.
Der Stadtrat wird auch über die Notfallpläne der Stadt München und des Freistaates Bayern im Falle von austretendem radioaktiven Material im Kernkraftwerk Isar 1 informiert.

Begründung:
Der Presse ist zu entnehmen, dass sich der Widerstand gegen die von der Bundesregierung beabsichtigten Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke in Deutschland nun auch in unserem Nachbarland Österreich regt.
Von der Oberösterreichischen und Niederösterreichischen Landesregierung wurde eine Studie in Auftrag gegeben, die am vergangenen Freitag in Wien vorgestellt wurde.
Laut dieser Studie gehen von dem Kernkraftwerk Isar 1 erhebliche Gefahren aus.
Der Risikowissenschaftler Wolfgang Kromp zeigt darin auf, dass vor allem die Materialermüdung in dem alten Kernkraftwerk ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt. Die Sicherheitshülle des Kernkraftwerks ist sehr dünn konzipiert und würde einer Explosion im Druckbehälter nicht standhalten. Auch gegen Flugzeugabstürze oder Erdbeben ist der Reaktor nur in sehr eingeschränkter Weise geschützt. Zu diesem Ergebnis kommen auch andere Studien wie bereits 2006 die Gesellschaft für Reaktorsicherheit, intac – Beratung, Konzepte, Gutachten zu Technik und Umwelt GmbH 2010, das Büro für Atomsicherheit Renneberg Consult UG 2010. Selbst das im Auftrag des bayerischen Umweltministeriums vom TÜV Südbayern erst kürzlich erstellte Gutachten zur Sicherheit des Kernkraftwerks Isar 1 bestätigt zentrale Kritikpunkte an der Anlage.
Aufgrund der räumlichen Nähe der Stadt München zu dem Kernkraftwerk Isar 1 wäre auch München von austretendem radioaktiven Material erheblich betroffen.
Eine umfassende Information des Stadtrates erscheint daher zwingend notwendig.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth	Siegfried Benker	Lydia Dietrich
Sabine Krieger	Sabine Nallinger	Dr. Florian Vogel

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233 92620, Fax 089/233 92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

14.10.2010

Antrag zur dringlichen Behandlung im Finanzausschuss vom 26.10.2010
Erhöhung der freiwilligen Finanzreserve „Pensionen“

Der Stadtrat möge beschließen:

- Für 2010 wird eine einmalige Einstellung in die freiwillige Finanzreserve „Pensionen“ in Höhe von 150 Mio. Euro als erneute Anschubfinanzierung im 2. Nachtragshaushalt durchgeführt.
- Ab 2011 wird jährlich der vom Personalreferat berechnete notwendige Pensionsrückstellungsbetrag für jeden bei der Landeshauptstadt München seit 1999 eingestellten Beamten der Finanzreserve zugeführt.

Begründung:
Im Hinblick auf die in der Bilanz zum 31.12.2009 ausgewiesenen Pensions- und Beihilferückstellungen von rund 4,5 Mrd. Euro ist es dringend erforderlich, den bisher gewählten Ansatz der freiwilligen Finanzreserve „Pensionen“ zu erhöhen. Dieser beträgt zur Zeit nur rd. 180 Mio. Euro und ist damit dramatisch unterdotiert.

In der Landeshauptstadt München betragen die Pensionsverpflichtungen ca. 200 % der Finanzschulden. Mit diesen Schulden werden, genau wie bei der Verschuldung durch Kredite, künftige Generationen belastet. Eine Pensionsrückstellung ist bilanztechnisch nichts anderes als ein Kredit zu Lasten der nächsten Generation.
Um künftige Generationen nicht im Übermaß mit diesen Pensionszahlungen zu belasten, ist es dringend erforderlich, den bisher gewählten Ansatz der freiwilligen Finanzreserve „Pensionen“ entsprechend zu erhöhen.

Dies wurde bereits mit dem Grundsatzbeschluss „Aufbau einer freiwilligen Pensionsrücklage für neu eingestellte Beamte“ im Finanzausschuss vom 23.11.1999/ Vollversammlung vom 24.11.1999 beschlossen, jedoch nie konsequent durchgeführt und auch nicht vom Stadtrat überprüft. Wenn die derzeitige gute Liquiditätssituation der Stadt aus rechtlichen Gründen nicht zur Rückführung von Darlehen genutzt wird, sollte stattdessen die Finanzreserve „Pensionen“ erhöht werden; dies kommt einer Schuldentilgung gleich und entlastet künftige Generationen.

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Ea. Stadtrat